

**Guido Fluri zur Soforthilfe für notleidende Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, zur geplanten Initiative und zur Gedenkstätte Mümliswil.**  
Solothurner Zeitung, 2. Februar 2014  
URL: <http://www.solothurnerzeitung.ch/solothurn/kanton-solothurn/diese-soforthilfe-dient-nur-einer-kleinen-anzahl-von-betroffenen-127627441>  
(Stand 4. Februar 2012)

---



Aktualisiert am 02.02.14, um 12:12 von Fränzi Rütli-Saner

## «Diese Soforthilfe dient nur einer kleinen Anzahl von Betroffenen»

**Guido Fluri: «Die Betroffenengruppen hatten ursprünglich viel mehr erwartet.»**

Quelle: isa/zvg

**Die Guido-Fluri-Stiftung plant eine Volksinitiative für eine umfassende Wiedergutmachung für die Opfer von Zwangsmassnahmen. Die Mittel im Soforthilfefonds reichen nicht, sagt Guido Fluri, Präsident des Stiftungsrats.**

von Fränzi Rütli-Saner

**Herr Fluri, sind die nun getroffenen Massnahmen nicht etwas unkonventionell?**

**Guido Fluri:** Nein. Die Schaffung eines Soforthilfefonds war schon länger am runden Tisch angedacht. Bei diesem Konstrukt geht es um Gelder, die rasch zur Verfügung gestellt werden können. Für diesen Fonds braucht es nicht extra eine gesetzliche Grundlage.

**Reicht diese Soforthilfe aus?**

Die Betroffenengruppen hatten ursprünglich viel mehr erwartet. Für die Guido-Fluri-Stiftung ist der Soforthilfefonds alles in allem ein wichtiger Zwischenschritt. Er reicht aber nicht. Es braucht die Wiedergutmachung auch für die anderen Opfer-Gruppen und darum unsere geplante Initiative.

**Sie kündigten an, dass Sie an der Lancierung der Initiative für eine Entschädigung für Opfer von Zwangsmassnahmen festhalten wollen, warum?**

Der angestrebte Soforthilfefonds hat mit seinen 5 bis 8 Mio. Franken nur beschränkte Mittel, wobei die Gelder erst noch zusammengetragen werden müssen. Auf jeden Fall ist klar, dass diese Mittel der Soforthilfe nur für eine kleinere Anzahl Opfer reicht und gedacht ist – nämlich für Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, die sich in einer aktuellen Notlage befinden. All die anderen, wohl Zehntausende Opfer, denen schweres Unrecht angetan wurde – Verdingkinder, die ohne Entgelt über Jahre hinweg geschuftet haben, administrativ Versorgte, Zwangssterilisierte, missbrauchte

Heimkinder –, warten nach wie vor auf eine Wiedergutmachung. Für diese riesige Gruppe an Betroffenen braucht es die Initiative der Guido-Fluri-Stiftung – damit es endlich eine umfassende Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Geschichte geben kann.

### **Wie weit sind Sie in den Vorbereitungsarbeiten zur Initiative?**

Wir arbeiten mit Hochdruck daran. Wir wollen einen Initiativtext, hinter dem eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung stehen kann. Es wird eine Initiative für die Opfer und für die Schweiz als Ganzes.



*Guido Fluri: «Die Betroffenenengruppen hatten ursprünglich viel mehr erwartet.» Quelle: isa/zvg*

### **Wie läuft es in der Gedenkstätte im Kinderheim Mümliswil?**

Die Resonanz ist sehr gut. Wir haben jeden Monat mehrere Schulklassen, die für eine Besichtigung vorbeikommen. Auch Einzelpersonen und Gruppen melden sich rege und nutzen das Angebot. Im März ist erneut ein Gedenkanlass geplant. Wir erwarten wieder über 200 Leute.»

(Schweiz am Sonntag)

### **KOMMENTARE (3)**

Walter Emmisberger 03.02.14 | 08:25

Dazu kommt noch dass viele von damals fremdplatzierten Kindern schwer traumatisiert sind. Von der harten Kinderarbeit haben viele körperliche Schäden bekommen. Man hat diesen Kindern nicht nur ihre Kindheit versaut, sondern auch noch die Zukunft verbaut.

RAVIA Verein 02.02.14 | 20:06

Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen bis 1981 - Herr Bloch, sollen wir Betroffenen darauf beharren, dass vor dem Gesetz alle gleich sein sollten? Wo stünden Sie dann heute?

Sie scheinen keinen blassen Dunst von diesem düsteren Kapitel Schweizer Geschichte zu haben. Ihnen ist hoffentlich bewusst, dass die selbstverständlichen Freiheiten, die sie heute geniessen, wie Konkubinat, uneheliche Kinder, Partnerwechsel, Abtreibungen, etc., noch vor wenigen Jahrzehnten jemandem zum Verhängnis werden konnte!

Niemand von ihnen muss sich mehr vor einer Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation, Zwangskastration, Zwangsadoption und vor administrativer Versorgung fürchten. Es ging weder um Drogen noch um strafrechtlich relevante Delikte, sondern um eine moralische Einstellung, die für viele Einzelschicksale verheerend war. -

Die aktuellen Lebensbedingungen der meisten Frauen und Männer, die damals für eine Lebensweise, die heute als normal und gesetzeskonform gelten, in Anstalten und Gefängnissen weggeschlossen wurden, sind dementsprechend. Heute leben viele in mehr als prekären wirtschaftlichen Verhältnissen, von gesellschaftlicher Ausgrenzung ganz zu schweigen. - Deswegen muss so schnell wie möglich gehandelt werden. -

hans bloch 02.02.14 | 16:30

wieso müssen die heutigen generationen für das bezahlen wo von 80 jahren passierte? und was war dazumal passiert,wissen heute die meisten nicht! und das nächste könnte noch der erste weltkrieg sein, kommt sicher noch etwas??